



Am Donnerstag, den 27.8., demonstrierten in Berlin etwa 1000 Aktivist_innen in Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland und Europa. Während in Heidenau (Sachsen) seit mehreren Nächten Neonazis und Rassist_innen versuchen, einen von Asylwerber_innen bezogenen alten Baumarkt anzugreifen, kommt es in Berlin und ganz Deutschland immer wieder zu Brandanschlägen gegen geplante und bereits bezogene Unterkünfte von Geflüchteten.

Gleichzeitig werden Tausende von den örtlichen Senatsverwaltungen in Obdachlosigkeit und Illegalität gezwungen, weil weder Unterkünfte angeboten noch Asylverfahren aufgenommen werden. Das ist keine unvorhersehbare Notsituation in der der deutsche Staat tut, was er kann, sondern ein bewusstes Nicht-Wollen, eine kalte Eskalation der Situation. Auch wir von REVOLUTION, die wir im Moment ein antikapitalistisches Jugendcamp bei Berlin organisieren, nahmen mit einem starken Block an der Demonstration teil. Wir stellen uns bedingungslos auf die Seite der Geflüchteten und gegen den Rassismus von Staat und nationalistischen Mobs.

Weltweit fliehen Millionen Menschen vor den Auswirkungen des Imperialismus, vor den Kriegen die von Industrienationen begonnen oder angeheizt werden, vor Diktaturen mit denen die imperialistischen Staaten im Osten und Westen eifrig Handel treiben und vor der wirtschaftlichen Situation, die durch die globale Ausbeutung erzeugt wird.

Nur ein Bruchteil dieser Flüchtenden versuchen überhaupt nach Europa zu kommen doch an den Außengrenzen der EU werden sie ein zweites Mal zu den Opfern der menschenverachtenden Politik. An den Grenzen werden Zäune errichtet, Militärmarine und Spezialeinheiten bekämpfen diejenigen, die eine neue Zukunft suchen. Weil es fast keinem Geflüchteten möglich ist, legal um Asyl anzusuchen und weil auch das Asylrecht selbst den meisten Betroffenen kein neues Leben ermöglicht, entstehen erst die fürchterlich gefährlichen

Fluchtrouten und die Tausenden Toten im Mittelmeer und LKW-Laderäumen. Die Schuld für die tausenden Toten tragen die weltweit mächtigsten Regierungen in doppelter Hinsicht, auf der einen Seite werden sie durch die imperialistische Ausbeutungs- und Kriegspolitik zur Flucht aus ihren Heimatländern gezwungen, auf der anderen Seite wird ihnen bewusst die Flucht in die imperialistischen Kernländer, insbesondere in die EU, verunmöglicht.

Die Demonstration richtete sich vor allem gegen das Grenzregime und die menschenunwürdige Behandlung der Geflüchteten in Deutschland. Wir von REVOLUTION klagten aber auch die Schuldigen an Kriegen, Folterregimen und Hunger an und bezogen klare Stellung gegen den Imperialismus und seine Agent_innen.

Das passte den Antideutschen, also Aktivist_innen die in bedingungsloser Solidarität mit dem Apartheidsstaat Israel stehen und oft auch die Feldzüge von USA und NATO unterstützen, gar nicht. Sie wollten die Gruppe, die 30 Aktivist_innen mobilisiert hatte, aktiv gegen rassistische Antiflüchtlingspolitik ist und seit Jahren in Berlin in Refugee-Schulstreiks Tausende Jugendliche auf die Straße bringt, mit Gewalt vertreiben. Aktivist_innen wurden gestoßen, Schläge angedroht, wir wurden als „Antisemit_innen“ und „Rassist_innen“ beleidigt und einem Genossen wurde sein palästinensischer Schal mit Gewalt abgenommen. Während ein Faschist die Demonstration ungestört abfotografierte und Polizist_innen nach einem Grund suchten, die Demonstration anzugreifen, hatten diese sogenannten „Antirassist_innen“ nichts besseres zu tun, als die Demonstration aufzuhalten. Die Solidarisierung mit Israel und die Forderung, daran keine Kritik zu üben, ist auf einer Flüchtlingsdemonstration besonders absurd. Viele der Asylwerber_innen in Deutschland sind aus dem Libanon und aus Palästina und mussten auch vor den israelischen Angriffen und der Blockadepolitik fliehen – viele Jugendliche aus dieser Region liefen auch auf der Demonstration mit.

Ohne die Forderungen, keine antiimperialistischen und internationalistischen Sprüche mehr zu rufen, unsere Kuffiyahs (palästinensische Schals) abzunehmen oder am Rande der Demonstration mitzulaufen, zu erfüllen, setzten wir unsere Intervention aber fort. Die Demonstration lief am LAGESO (Landesamt für Gesundheit und Soziales, verantwortlich für die Unterbringung von Geflüchteten) vorbei und begrüßte die etwa 100 Migrant_innen die auf der Straße warteten. Eine lautstarke, kämpferische und von migrantischen und deutschen Jugendlichen geprägte Demonstration endete schließlich am nächsten U-Bahn-Hof.

Aber wie auf vielen Redebeiträgen thematisiert wurde, der Kampf geht weiter, er findet jeden Tag statt. Es ist das Gebot der Stunde, eine Kampagne und eine Bewegung europaweit gegen die rassistischen Übergriffe und die staatliche Unterdrückung der Geflüchteten zu organisieren

In diese Bewegung wollen wir folgende Slogans und Forderungen tragen:

-

Die Öffnung der europäischen Grenzen und das Recht den Antrag auf Aufenthalt ohne Einschränkungen zu stellen

-

Die menschenwürdige Unterbringung aller in abschließbaren Unterkünften mit Küche und Bad, dafür die Enteignung von großen Hotelketten und leerstehender Wohnungen, sowie den massiven Ausbau von sozialen Wohnungen, um allen eine individuelle Wohnung zu ermöglichen.

-

Ein Abziehen der Polizei- und Militäreinheiten aus dem Mittelmeer und die Einrichtung einer Seenotrettungsaktion unter Kontrolle der Arbeiter_innen- und Jugendorganisationen

-

Den Aufbau einer gemeinsamen Bewegung von Antirassist_innen und Betroffenen gegen Rassist_innen auf der Straße und in den Parlamenten, sowie das Recht auf Selbstverteidigungsorganisationen gegen rassistische und faschistische Übergriffe.

-

Widerstand gegen die imperialistische Kriegs- und Wirtschaftspolitik mit Massenmobilisierungen auf der Straße und in den Massenorganisationen der Arbeiter_innen und der Jugend